

## Presseinformation

Kiel, den 18. Dezember 2009

Es gilt das gesprochene Wort

### SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

Anke Spoorendonk

### **TOP 36 Für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an schleswig-holsteinischen Schulen**

Drs. 17/117

Es ist wichtig und notwendig, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen; und die Geschichte der DDR ist ein Teil unserer Geschichte. Es ist mit anderen Worten bequem, aber völlig falsch, die Jahrzehnte der DDR - von 1949 bis 1989 - als etwas abzutun, was mit 40 Jahren Bundesrepublik rein gar nichts zu tun habe.

Dass es immer noch große Defizite in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte gibt, lässt sich anhand von Umfrage-Ergebnissen immer wieder dingfest machen. Zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall zeigt sich, welche fatalen Folgen diese fehlende Beschäftigung mit der DDR- Geschichte hat: die DDR wird vielfach nostalgisch verklärt, aber größtenteils schlichtweg ignoriert.

Eine Befragung Berliner Schülerinnen und Schüler, die 2007 von der Freien Universität Berlin durchgeführt und wissenschaftlich begleitet wurde, belegt, dass Jugendliche -

sowohl aus dem West- als auch aus dem Ostteil der Stadt - wenig über die DDR wissen. Diffus ist auch das Wissen über die Politiker beider Staaten. Fast jeder dritte Schüler hält Konrad Adenauer, den ersten deutschen Bundeskanzler, für einen Politiker der DDR. Insgesamt 18 Wissensfragen wurden gestellt. Hiervor konnten etwa 70% der Ost-Berliner und 65% der West-Berliner Schüler aus den Klassen 9 bis 11 nur die Hälfte oder weniger beantworten.

Entsprechend stellten die Forscher bei der Bewertung von Staat und Gesellschaft ein gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten fest: West-Berliner bevorzugten auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, Ost-Berliner Schüler mehrheitlich die DDR. Viele Ostdeutsche bewerten die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, was bei einigen zu der Behauptung führt, die DDR und die alte Bundesrepublik seien zwar anders gewesen, aber keiner der beiden Staaten könnte, wie es heißt „in der Gesamtschau besser oder schlechter beurteilt“ werden.

Es würde den Rahmen meiner Redezeit sprengen, auf die unterschiedlichen Aspekte bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte jetzt im Einzelnen einzugehen. Auch, wenn die vorhin zitierte Studie zwei Jahre zurückliegt, so zeigt sie mit großer Deutlichkeit, wo angesetzt werden sollte - nicht nur in Berlin, sondern wenn es darum geht, die gesamtdeutsche Geschichte auch als gesamtdeutsch zu begreifen.

Der vorliegende Antrag geht genau in diese Richtung, wobei ich nicht verhehlen will, dass er aus Sicht des SSW fast zu detailliert ist. Es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, Lehrplanarbeit zu leisten - und genau dies geschieht in unserem gemeinsamen Antrag. Gleichwohl stimmt das Ziel, und das ist entscheidend.

Wir brauchen neue Konzepte für den Umgang mit der DDR-Vergangenheit - auf gesellschaftlicher Ebene und nicht zuletzt im Geschichts- und Politikunterricht unserer Schulen. „Wenn nach Römern, Griechen und Nationalsozialismus, irgendwann die DDR dran ist, beginnen meist die Sommerferien“, las ich letzt, und ich denke, dass dies im Kern immer noch das Dilemma vieler WiPo-Lehrer ist. Soll heißen: Wenn wir den Gegenwartsbezug des Unterrichts stärken und Vertiefung ermöglichen wollen, dann geht es letztlich nicht ohne eine Entrümpelung der Lehrpläne. Die Erinnerungen an die DDR dürfen nicht vergessen werden. Es muss eine kritische, offene und vergleichende Aufarbeitung und Bewältigung der DDR-Geschichte geben, die keinen Schlussstrich zieht, sondern einen Einstieg in eine aktive Auseinandersetzung und Thematisierung der Geschichte dieser Republik.